

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn  
Pressestelle: Karl-Heinz Ventker, 45 Osnabrück  
Schließfach 1963 / Telf. 0541 / 22283

20. Februar 1969

An die Ex-Mitglieder und Interessenten der LSP,  
insbesondere an die bundesrepublikanische Studentenschaft,  
gleichzeitig  
Mitteilung an die Presse (15)

### Schlußbilanz einer Parteigründung

-Stellungnahme des Vorstandsvorsitzenden zur Auflösung der LSP-

#### 1. URSPRUNG

Wenn der Prozentsatz der Bundesbürger, die Mitglied einer politischen Partei sind, bedauernswert gering ist, so dürfte die Zahl derjenigen, die sich ernsthaft mit den politischen Zuständen in der BRD, insbesondere mit den politischen Parteien, auseinandergesetzt haben und noch auseinandersetzen, erheblich höher liegen.

Diese politische Auseinandersetzung führte im Herbst 1966 bei dem Bundesbürger Karl-Heinz Ventker - der parteipolitische Erfahrungen aus der Freisozialen Union mitbrachte - und dem Verfasser dieses Berichtes - der damals vor dem Abschluß des Studiums an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg stand - zu der Folgerung, daß sie nur mit der Gründung einer neuen Partei ihren staatsbürgerlichen Auftrag leisten könnten. Diese Entscheidung wurde unabhängig voneinander gefällt. Der Kontakt wurde über eine dritte Person hergestellt.

#### 2. GRÜNDUNG

Entsprechend der Maxime, daß ein Demokrat nach seinen Erkenntnissen zu handeln hat und nicht in die bequeme Resignation ausweichen darf, wurde mit sehr bescheidenen materiellen Mitteln versucht, Gleichgesinnte zu finden. Beide Initiatoren versuchten nicht, ihre freiwirtschaftliche <sup>+) Orientierung zu verbergen; Dogmatismus lag ihnen aber fern.</sup>

Ohne daß auf andere Organisationen zurückgegriffen werden konnte und obwohl nur 15 Personen zur Gründungsversammlung am 25. November 1967 nach Bonn gekommen waren, wurde die Gründung gewagt. Es war nicht die Absicht der Initiatoren, sich in den Vorstand wählen zu lassen. Die Wahl konnte aber nicht abgelehnt werden,

wenn die Ernsthaftigkeit des Wollens nicht in Frage gestellt werden sollte. Es bestand von vornherein Übereinstimmung darin, daß die LSP wieder aufgelöst werden sollte, wenn sie nicht innerhalb von Jahresfrist eine Mitgliederzahl von 1000 erreichen würde.

### 3. ANLIEGEN

Programme von Parteien können bestenfalls Orientierungshilfen sein, aber keine Fahrpläne. Uns schwebten keine nationalistischen oder kommunistischen Zielsetzungen vor, auch wollten wir keine Partei der MITTE (Imäßigkeit), sondern eine Partei des Ausgleichs durch Fortschritt. Wir wollten durch Wettbewerbsdruck die bestehenden kleinen und großen Parteien zu besserer Arbeit zwingen, durch Offenheit des Parteilebens und Klarheit der Ziele abseitsstehende Bundesbürger für die politische Arbeit gewinnen und durch eine fortwährende Diskussion die Wirtschaftswissenschaft zwingen, ihre Lehrsätze neu zu durchdenken.

### 4. BEURTEILUNG

Sympathiebezeugungen mündlicher und schriftlicher Art haben wir vielfach erhalten. Als Beispiel diene ein Auszug aus einem Brief von Herrn Franz-Josef Kunert. "..., vielen Dank für die Zusendung von Drucksachen über die LSP. Ich habe sie auch an einige meiner Freunde weitergegeben, und übereinstimmend sind wir zu der Auffassung gelangt; es ist mehr als traurig, daß eine Partei wie die Ihre, die durchschaubarere und aufrichtigere Gedanken vertritt als alle 'etablierten' großen Parteien (FDP mitgerechnet, das sage ich, obwohl ich den Jungdemokraten nahestehe ) zusammen, (nicht unterstützt wird. d.V.) Es scheinen bei uns nicht vernünftige Ideen, sondern Geld und Parteibürokratismus zu siegen. Am Jahrestag der Gründung Ihrer Partei möchte ich aber sagen: wie soll das geändert werden, wenn nicht immer mehr Bürger diese Tatsachen sehen? Und wer soll es ihnen zeigen, wenn nicht die kleinen Parteien? Resignation wäre ein Unglück, zumal die LSP von den mir bekannten kleinen Parteien die beste zu sein scheint."

### 5. WIRKUNG

Meßbare Ergebnisse können wir nicht vorweisen. Unsere Mitgliederbasis konnten wir nicht vergrößern. Nennenswerte materielle Unterstützung durch private oder juristische Personen haben wir nicht erhalten. Unseres Wissens haben wir die Diskussion über die Herabsetzung des Wahlalters eingeleitet.

\*\*\*

Sicher haben wir manches Mitglied anderer Parteien durch unsere Existenz und Argumentation beunruhigt. Insgesamt ist die Ernte aber recht mager ausgefallen. Unser Wirken wurde durch die spektakulären Demonstrationen in den Schatten gestellt.

#### 6. WANDEL

Nicht zu übersehen ist, daß durch das Vorhandensein der APO - wozu die LSP ja auch zählte - und durch die NPD-Erfolge die starren politischen Fronten aufgerissen wurden. Die FDP wurde zusätzlich durch die Wahlrechtsänderungspläne der CDU/SPD gezwungen, sich auf ihren liberalen Ursprung zu besinnen.

#### 7. FOLGERUNGEN

Da die LSP keine arbeitsfähige Größe erreichen konnte, hat sie sich mit Wirkung vom 20. Februar 1969 aufgelöst. Diese Entscheidung wird von der Vernunft bestimmt und ist kein Zeugnis der Resignation. Die politische Arbeit der (Ex-)LSP-Mitglieder wird in anderen Organisationen fortgesetzt.

#### 8. MAHNUNG

Mit Abstand betrachtet sind alle politischen Aktionen der lebenden Generationen (in der BRD) nur eine Kette von Reaktionen. Zur Aktion gehört nicht nur der Protest und der Protest gegen den Protest, sondern der Gestaltungswille und die Gestaltungsfähigkeit für eine bessere Ordnung der Bundesbürger und der Menschheit, in der sich die Grundrechte besser behaupten können. Die Gestaltungsfähigkeit setzt Einsichten voraus, die erarbeitet werden wollen. Der lebendige Tote, Silvio Gesell, von seinen Anhängern oft zum Götzen gemacht, von der blinden herrschenden Lehrmeinung mitleidig belächelt, scheint da Hilfestellung geben zu können.

Am Beginn des Experimentes "LSP" schrieb der Verfasser im Oktober 1967 an die bundesrepublikanische Studentenschaft u.a.: "In der Demokratie ist nicht die Ruhe, sondern die Unruhe erste Bürgerpflicht. Gedacht ist dabei nicht an Aufruhr - der berechtigt sein mag, wenn die Regierenden die menschlichen Grundrechte mißachten -, sondern an eine besonnene Unrast, die bestrebt ist, Erreichtes zu vervollkommen, Erstrebenswertes durchzusetzen und Mißstände zu beseitigen."

Die Unruhe, die sich inzwischen unter der Jugend, insbesondere unter den Studenten, ausgebreitet hat, ist leider nicht die im Zitat erwähnte 'besonnene Unrast'. Wer auf Gewalt setzt, zeigt sich als Menschenfeind, auch wenn er sich Sozialist oder Humanist nennt.

Eine Jugend ist nur dann ihrer Vätergeneration überlegen, wenn ihr Moralkodex wahrhaftiger und menschenfreundlicher ist.

#### 9. EMPFEHLUNG

Da mancher Bundesbürger sich fragen wird, wo er denn nun seinen Beitrag zur Bewältigung der Gegenwart leisten sollte, sei eine Empfehlung gegeben: in der Freien Demokratischen Partei (FDP) oder in der Demokratischen Union (DU).

Begründung: Die CDU und SPD sind Hauptverursacher der bundesrepublikanischen Misere. Wenn die CDU von ihrem ideologischen Ansatz her schon unglaublich ist, so wirkt die SPD greisenhaft. Die Aktion Demokratischer Fortschritt (ADF), eine Gemeinschaft der DKP und DFU, nebst einigen unabhängigen Personen, ist nur ein linkes Gegenstück zur rechten NPD.

Die FDP, die jahrelang an einem üblen Opportunismus und Konformismus litt, hat sich unter dem Druck der großen Koalition und der APO gemausert. sie kann nicht mehr nach rechts ausbrechen und muß progressiv agieren, wenn sie nicht bedeutungslos werden will.

Die DU ist eine noch junge Gruppierung, die offen ist für Ideen, die einen humanen Fortschritt ermöglichen. Die DU ist antiautoritär und hält sowohl parlamentarische, wie außerparlamentarische Aktionen für die Demokratisierung der Gesellschaft notwendig.

Eine demokratische Gesellschaft hat zur Voraussetzung, daß sie informiert (nicht formiert) ist. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Studentenschaft als Informationsmittler betätigen würde. Wenn Studenten ihr Unbehagen an dem Unvermögen unserer Gesellschaft vor kleinen Gruppen in den Vororten und Dörfern artikulieren würden, dann täten sie sich selbst und ihren Mitbürgern einen größeren Dienst erweisen, als wenn sie das politische Instrument "Krawall" überstrapazieren.

Tristan Abromeit

Anlage: Offener Brief an die Nordsee-Zeitung